

# Leitfaden des Juso-Unterbezirks Braunschweig #2011

## 1. Intro

Der vorliegende Leitfaden dient allen JungsozialistInnen (Jusos) im Unterbezirk Braunschweig als Grundlage für die politische Arbeit. Er drückt unser Politikverständnis als JungsozialistInnen aus. Er gibt neuen JungsozialistInnen einen Ausblick auf das nächste Jahr.

Der vorliegende Leitfaden wurde gemeinsam mit allen JungsozialistInnen erarbeitet und soll dem neuen Unterbezirksvorstand der JungsozialistInnen in Braunschweig als Arbeitsgrundlage und Arbeitsauftrag für das neue Jahr gegeben werden, sein Aufgabenspektrum klar definieren und so eine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit gewährleisten.

Aufgabe des neu gewählten Vorstands ist es, gemeinsam mit den aktiven Jusos die einzelnen Punkte des Leitfadens zu bearbeiten und möglichst viele in die Praxis umsetzen. Grundsätzlich ist ein Mitmachen, Mitwirken und Mitentscheiden aller JungsozialistInnen zu ermöglichen. Neben diesen Aufgaben ist der Vorstand aufgefordert, aus sich heraus neue Ideen zu entwickeln und die Mitarbeit bei den JungsozialistInnen als politischer Richtungsverband innerhalb der SPD attraktiv für junge Menschen zu gestalten.

## 2. Wer wir sind - Jusos: links und frei!

Wir JungsozialistInnen sehen uns als kritischen Verband innerhalb der SPD, der auch eigene Ideen in die Partei einbringt. Unsere Ergebnisse und unsere Anträge sind das Ergebnis einer guten Gruppenarbeit. So kann unsere Arbeitsgemeinschaft stolz von sich behaupten, dass jedeR aktive JungsozialistIn einen Anteil an den Ergebnissen der Diskussionen hatte. Unsere Inhalte werden in Arbeitskreisen oder Kampagnen vorbereitet, in Mittwochssitzungen diskutiert und weiterentwickelt. In den Arbeitskreisen und Kampagnenteams werden sie nachbereitet und niedergeschrieben. Dieses Diskussionsverfahren bringt fundierte Ergebnisse hervor und hat uns auf Juso-Ebene bundesweit Respekt verschafft.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte – die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Der Demokratische Sozialismus ist für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Sie sind auch unser Maßstab für eine bessere Gesellschaft. Seine Verwirklichung ist für uns eine immer wehrende Aufgabe.

*„... **Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbst bestimmt zu leben. Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein. ...*

***Gerechtigkeit** gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. ...*

***Solidarität** bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammen hält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität. ...“*

aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Dabei müssen wir täglich aufpassen: Konservative und Liberale spielen täglich unsere Grundwerte gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Nach unserem Verständnis bilden Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander. Unser Verständnis der Grundwerte des Demokratischen Sozialismus bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Kapitalmarktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf eine Almosenpolitik zu reduzieren.

## **2.1 Eigenständiger linker Richtungsverband in der SPD**

Wir Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband, der in kritischer Solidarität mit der SPD steht.

**Sozialistisch** bedeutet, dass wir die vorhandenen herrschaftsgeprägten Strukturen des Kapitalismus nicht hinnehmen. Uns reicht es nicht aus, nur durch sozialen Ausgleich eine angenehmere Welt zu schaffen. Wir gehen einen Schritt weiter, indem wir die Armut schaffenden Strukturen durchbrechen wollen. Denn selbst wenn ein sozialer Ausgleich geschaffen wird, werden zwar Ungleichheiten abgemildert, allerdings wird das System nach wie vor Ungleichheiten produzieren. Das verstößt unserer Auffassung nach gegen unseren Grundwert der Gerechtigkeit, da Menschen nach wie vor danach bewertet werden, ob sie einer profitorientierten Welt nützlich sind, bzw. ob sie in einem System funktionieren. Insofern kann es auch als ein Verstoß gegen unserer Vision nach einem selbstbestimmten Leben aufgefasst werden.

Als frei denkende SozialdemokratInnen ist es daher unsere Aufgabe, einen langen Aufklärungsprozess zu betreiben, der bei der Mehrheit der Bevölkerung von den unmenschlichen weltweiten Zuständen aufmerksam machen soll und die bestehenden Instrumente, die vom System vorgegeben werden, nicht mehr akzeptiert werden. Gleichzeitig gilt es den Menschen von den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus als alternatives Gesellschaftssystem zu überzeugen, in dem alle Menschen von Fremdbestimmung und Abhängigkeit befreit sind.

Wichtig dabei zu verstehen ist, dass dieser Prozess selbst bei Erreichung der Ziele niemals beendet sein kann. Vielmehr ist der Kampf um den Sozialismus als immer währende Aufgabe zu verstehen - so wie es im Grundsatzprogramm der SPD entnommen werden kann.

**Feministisch** bedeutet, dass wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der alle Menschen selbstbestimmt, gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Gleichstellung ist in einem kapitalistischen System nicht möglich, denn Kapitalismus und Patriarchat basieren auf Unterdrückung und Ungleichheiten.

In unserer Gesellschaft bestehen vaterrechtlichen Strukturen (Patriarchat genannt), diese sollen den Männern Macht und Eigentum sichern. Diese Strukturen äußern sich auf unterschiedliche Weisen, denn Frauen verdienen weniger als Männer, haben weniger Teilhabe an der Macht, werden häufig Opfer sexueller Gewalt, die Medien unterstützen das Bild der Frau als Sexobjekt, schon in der frühen Erziehung werden Kinder in ihre Geschlechterrollen gepresst.

Diese strukturellen Bedingungen werden häufig als einzelne Probleme gesehen und zu bekämpfen versucht. Doch sie alle dienen dem selben Zweck, nämlich der Ausübung und Sicherung von Macht und Unterdrückung. Diesen Zweck haben Kapitalismus und Patriar-

chat gemein. Doch Frauen und Männer sind im Kapitalismus selbst dann nicht gleichgestellt, wenn sie der herrschenden Klasse angehören.

Feminismus heißt für uns: Kämpfen gegen Sexismus. Kämpfen gegen Stereotype. Kämpfen gegen Diskriminierung, Kämpfen gegen Gewalt an Frauen. Kämpfen gegen das Patriarchat! Für uns hängen Sozialismus und Feminismus unabdingbar zusammen. Wie August Bebel bereits in „Die Frau und der Sozialismus“ erkannte: „Ein Sozialist ist ein Feminist oder er ist kein Sozialist“

**Internationalistisch** bedeutet, allen Menschen helfen zu wollen und nicht nur deutschen StaatsbürgerInnen. Wir wollen nicht andere unterdrücken, um unseren Reichtum zu sichern. Es kann nicht sein, dass Deutschland und Europa arme Länder ausbeuten und an den eigenen Grenzen Menschen töten, die aufgrund dieser Ausbeutung keine Alternative sahen und Hilfe suchten. Wir stellen uns klar gegen Nationalismus, weil Solidarität nicht an den Landesgrenzen aufhört und Gerechtigkeit nur international Gestalt annehmen kann. Die SPD ist nach ihrem Grundsatzprogramm eine internationalistische Partei. Wir kritisieren hierbei, dass leider auch die SPD in Regierungsverantwortung teilweise in nationalstaatliches Denken verfällt.

Allen Menschen muss Freiheit gegeben werden und alle müssen sich frei bewegen können! Deshalb sind wir Teil der International Union of Socialist Youth (IUSY) und kämpfen gemeinsam mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen Welt für Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

## **2.2 Soziale Demokratie - ein Weg zum Ziel**

Die soziale Demokratie ist das Prinzip unseres Handelns. Sie kann jedoch nicht das Ziel sein. Vielmehr ist es nur ein Zwischenschritt, der uns dem Demokratischen Sozialismus näher bringt. Dabei bleiben unsere Grundwerte das Kriterium für die Beurteilung unserer politischen Wirklichkeit. Sie sind die Orientierung für unser tägliches Handeln als JungsozialistInnen und SozialdemokratInnen.

Unseren Grundwerten wollen wir durch unser Engagement ein Wesen geben. Wir möchten auf Basis des Demokratischen Sozialismus eine linke, progressive, fortschrittliche und gerechte Politik für junge Menschen bestreiten. Es gilt, Ungerechtigkeit in der Welt nicht hinzunehmen, sondern Strukturen aufzubrechen, die Ungerechtigkeiten fördern. Wir kämpfen um eine Zukunft, in der Gerechtigkeit Realität wird.

## **2.3 Unser Weg - Die Doppelstrategie**

Wir glauben nicht an die Allmacht der Parlamente. Die Realität hat uns in der Vergangenheit deutlich gezeigt, dass vor allem der Kampf auf der Straße das wirksamste Mittel ist, um eingefahrene Strukturen zu durchbrechen und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Dabei ist es entscheidend, sich mit anderen progressivdenkenden Organisationen zusammen auf eine Seite zu stellen, um gemeinsam für ein linkes Projekt einzustehen. Dies ist unserer Meinung nach das beste Mittel um in die Öffentlichkeit zu kommen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung in der Bevölkerung zu leisten.

Es ist auch enorm wichtig, dass man nicht nur auf der Straße aktiv ist. Wir müssen ebenso die SPD von innen heraus verändern, um MandatsträgerInnen der SPD in allen parlamentarischen Institutionen zur politischen Umsetzung unserer sozialdemokratischen Grundwerte zu bringen.

Wir werden auch in Zukunft dem Prinzip dieser Doppelstrategie folgen: Das heißt, dass wir einerseits weiterhin versuchen werden, vor allem mit anderen linken Jugendorganisationen in Dialog zu treten, um eine gesamtlinke Bündelung der Kräfte in Braunschweig zu realisieren. Andererseits müssen wir noch verstärkt den innerparteilichen Diskussionsprozess forcieren, damit die Meinung der Jusos auch dem Meinungsbild unserer Mutterpartei entspricht.

## **3. Analyse: Die Welt, in der wir leben...**

Die nachfolgenden Passagen sollen einen groben Überblick über die prekären Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland und der ganzen Welt geben, die vom Kapitalismus aufgezwungen werden.

### **Sozialstaat unter Druck**

Das in der Gesellschaft vorherrschende kapitalistische System fördert die kontinuierliche Spaltung der Gesellschaft. Die Gesellschaft wird getrennt in Gewinnern und Verlierern des Systems.

Der Sozialstaat ist dafür da, allen Menschen gleichen Zugang zu Diensten der Öffentlichen Daseinsvorsorge zu bieten. Zur Finanzierung des Sozialsystems ist grundsätzlich eine so-

lidarische Beteiligung aller an den Kosten der Dienstleistungen sicherzustellen. Dabei müssen breitere Schultern mehr tragen als schmale.

Die aktuelle Bundesregierung treibt den konsequenten Abbau des Sozialstaates weiter voran. Immer mehr Leistungen der Sozialvorsorge sollen privatisiert werden. Die Schere zwischen „Arm und Reich“ wird weiter ausgehen, da sich immer weniger Menschen eine private Sozialvorsorge leisten können.

Im Gesundheitssystem wurde dieses Prinzip – auch unter Rot-Grün – immer mehr zu Lasten einer pauschalen Beteiligung aller BeitragszahlerInnen unter dem Deckmantel von mehr Eigenverantwortung aufgegeben. Unter der konservativ-liberalen Bundesregierung wird dieses Prinzip noch weiter ausgehöhlt: Im Gesundheitssystem soll eine Kopfpauschale eingeführt werden, bei der jedeR BeitragszahlerIN – ob Niedrig- oder GutverdienerIN – den selben Beitrag pauschal entrichten muss. Nach dieser Ideologie sollen zukünftig schmale Schultern mehr tragen als breite Schultern. Ziel ist systematische Umwandlung des solidarischen Gesundheitssystems hin zu einem privatisierten Gesundheitswesen. Wir Jusos Braunschweig fordern den sofortigen Stop des Sozialstaat-Abbaus und die sofortige Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, bei der jede/r je nach Einkommen seinen Beitrag leistet.

### **Der Kapitalismus beutet die Umwelt aus**

Der nötige Bedarf und die unnötige Gier nach Energie und Rohstoffen beutet unsere Umwelt aus. Die vorherrschende Kapitalistische Denkweise führt dazu, dass der aktuelle Bedarf an Energie nur kurzfristig und nicht nachhaltig sichergestellt wird. Das Rückgrad der Energieversorgung wird heute noch über fossile Rohstoffe wie Kohle, Gas, Öl und Uran sichergestellt, obwohl diese endlich sind.

Während Kohle, Gas und Öl die Umwelt mit CO<sub>2</sub> belasten, führt die Gewinnung von Energie über die Atomtechnik bereits in der Produktion zu einer CO<sub>2</sub>-Belastung und nachträglich zu einem Entsorgungsproblem atomarer Abfälle. Atommüll sollte durch eine unsichere unterirdische und endgültige Lagerung auf Jahre weggeschoben werden. Durch die anstehende Rückholung des Atommülls aus dem Atomendlager Asse II steht diese kurzfristige und verwerfliche Denkweise auf dem Prüfstand.

Der Umbau der Energiewirtschaft ist nur nachhaltig über den Ausbau der erneuerbaren Energien sicherzustellen. Dennoch schrecken die anfänglich hohen Investitionskosten in die Infrastruktur davor ab, die nachhaltig positiven Effekte zu erkennen. Diesem Irrtum ist auch Bundesminister Röttgen unterlegen, der Zukunftsinvestitionen in Erneuerbaren Energien kürzt und parallel einen Atomausstieg verhindert. So wird die nötige Energiewen-

de hin zu erneuerbaren Energien hinausgezögert. Wir Jusos lehnen den geplanten Ausstieg aus dem Atomausstieg ab und fordern einen konsequenten Umbau der Energiegewinnung über erneuerbare Energien voranzutreiben. Wenn nicht jetzt, wann dann?

### **Unterdrückung in der Arbeitswelt**

Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes leiden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend unter prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie sind in ihrer Zukunftsplanung durch eine immer weiter voranschreitende Ersetzung der Stammbeschäftigung durch Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs zu schlechter Bezahlung oder gar unbezahlter Praktika sehr stark eingeschränkt und werden, auch aufgrund fehlendem Kündigungsschutz in einem ausreichenden Maß, in die Perspektivlosigkeit geschickt.

Durch das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns auf nationaler Ebene ist die moralische Verwerflichkeit gleich doppelt belastet. Zum einen werden Menschen nicht zu einem Lohn bezahlt, von dem sie leben können. Zum anderen werden die Unternehmen, die diese unmenschliche Lohnpolitik gestalten, dafür auch noch mit dem Kombilohnmodell staatlich subventioniert. Der staatliche Transfer zur Maximierung der Gewinnspanne einzelner Unternehmen zu Lasten einer Mindestvergütung, die für eine existenzsichernde Ausgestaltung des Lebens notwendig ist, gilt es generell zu bekämpfen.

Jedoch muss auch auf einen internationalen Mindestlohn hingearbeitet werden, der weltweit gilt, damit Belegschaften aus unterschiedlichen Staaten in der Lohnpolitik nicht in dem Maße gegeneinander ausgespielt werden können, wie es momentan der Fall ist.

Bei der Lohngestaltung gibt es nach wie vor Geschlechterdiskriminierungen. So erhalten Frauen in unserer Gesellschaft immer noch knapp 25% weniger Gehalt als Männer für die gleiche Arbeit. Deutlich dabei ist auch, dass die Einstufung sämtlicher Berufe in Lohnklassen extrem stark von den patriarchalen Strukturen geprägt ist: So ist in typischen „Frauenberufen“ auf allen Leistungsebenen deutlich weniger Gehalt vorgesehen als in den „klassischen Männerberufen“. Deshalb stehen wir Jusos nicht nur für gleichen Lohn für gleiche Arbeit sondern für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein, wobei auch die geschlechtliche Rollenverteilung in der Berufsauswahl durchbrechen wollen.

Es gilt ebenfalls auf die unzureichende Demokratisierung in der Arbeitswelt hinzuweisen. Zwar gilt die Mitbestimmung in Deutschland sowohl unter ArbeitnehmervertreterInnen als auch unter anständigen UnternehmerInnen im internationalen Vergleich als fortschrittlich. Fakt ist aber auch, dass die Macht in personellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten im Vergleich der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren von Arbeit und Kapital auf der Kapitaleseite steht. Dieser Machtverschiebung gilt es entgegenzutreten!

## **Internationales**

Wir Jusos betrachten die derzeitige Weltordnung, bei der wenige Menschen einen Wohlstand auf Kosten vieler Armer leben, kritisch. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Staat der Welt gerecht am Welthandel teilhaben kann. Kein Mensch dieser Erde darf weiterhin an Mangelernährung oder medizinischer Unterversorgung sterben! Die westliche Welt muss endlich begreifen, dass sie Handelsbarrieren abbauen muss, Großunternehmen zügeln muss und Entwicklungshilfe nicht als Repressionsmöglichkeit nutzen darf. Nur in einer Welt, in der alle Menschen die gleichen Chancen auf ein lebenswertes, freiheitliches und selbstbestimmtes Leben haben, sichert allen Frieden, Sicherheit und Wohlstand in der Zukunft.

## **Freiheitsrechte und Sicherheit**

Die informationelle Selbstbestimmung ist uns wichtig. Wir wehren uns gegen die immer stärkere Restriktionen von Freiheitsrechten einerseits und die immer laschere Handhabung von persönlichen Daten seitens Unternehmen und des Staats. Wir lassen nicht zu, dass zu öffentlichen Veranstaltung in Deutschland ständig neue Auflagen erlassen werden, die es immer schwieriger machen Kundgebungen zu veranstalten. Wir wehren uns gegen die Datensammelwut von Unternehmen und die immer öfter auftretenden Sicherheitspannen, die unsere persönlichen Informationen käuflich machen. Wir wehren uns gegen eine Kameraüberwachung seitens der Unternehmen und des Staats. Wir wollen selbst darüber bestimmen, wer was über uns weiß, und auch weiterhin für unsere Positionen auf der Straße werben.

## **Rechtstremismus**

Auch Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung nimmt stark zu. In vielen europäischen Ländern vollzieht sich ein dramatischer Rechtsruck, nationalistische Parteien erlangen Wahlsiege und versuchen nazistische Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und haben damit Erfolg, wie man am Beispiel Niederlande und vor allem in Ungarn un schwer sehen kann. Auch die Alpenländer, Österreich und Schweiz, streben immer mehr zu antiislamischer Politik. Es ist viel zu tun, um faschistische Regime zu verhindern und rassistische Salonfähigkeit zu zerschlagen.

Nächstes Jahr sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Nazis werden versuchen in die Regionalparlamente zu kommen, es ist unsere Aufgabe vor Ort dafür zu sorgen, dass Faschisten nie wieder Macht erlangen.



## **4. Unsere aktuellen Probleme: Schwerpunkte für 2010 bis 2011**

Im kommenden Jahr werden wir Jusos im Unterbezirk Braunschweig einige Schwerpunktthemen setzen. Ergänzend zu der Arbeit in den Arbeitskreisen, die abschließend im Leit-antrag vorgestellt werden, werden wir die Themen Wirtschaft, Gleichstellung und Bildung besonders betrachten und die Ergebnisse in unsere Anforderungen an die Kommunalpolitik einfließen lassen. Eine Analyse dieser Themen wird im Folgenden dargestellt.

### **4.1 Wirtschaft und Kommunalpolitik**

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, also die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten. Um aber den eigenen Lebensraum gestalten zu können, müssen die Kommunen finanziell gut ausgestattet sein.

#### **Einnahmeseite der Kommunen bricht ein**

Die rückgängigen Steuereinnahmen belasten die Kommunen und tragen entscheidend zu einem Ausbluten der öffentlichen Hand bei. Die von schwarz-gelb beschlossenen Steuer-senkungen bedeuten alleine für die Kommunen bis 2013 Mindereinnahmen von 25 Millionen Euro. Bereits im Jahr 2009 gingen die Steuereinnahmen der Gemeinden um zehn Prozent zurück. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Menschen, die in ihren Kommunen auf öffentliche Güter und Dienstleistungen angewiesen sind. Sie erleben, wie der öffentliche Personennahverkehr ausblutet, öffentliche Büchereien und Schwimmbäder geschlossen werden, öffentliche Gebäude nicht mehr renoviert werden können und die Gebühren erhöht werden. Außerdem wird den Kommunen die Möglichkeit genommen, dringend benötigte Investitionen zu betätigen, wodurch auch mittelständige Unternehmen weniger Aufträge erhalten.

Anstatt die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern und diese finanziell besser auszustatten, belasten Bund und Land seit Jahren die Kommunen finanziell immer mehr. Viele Kommunen sind überschuldet und können viele Aufgaben nicht mehr erledigen. Das geht an die Substanz der Kommunen: Büchereien, Schwimmbäder, Straßenbau, Volkshochschulen, Kindergärten, Schulneubau und Schulsanierung – den Kommunen fehlt Geld allen allen Ecken und Enden.

Besonders durch die Hartz-Gesetzgebungen seit 2003 werden die Kommunen stark mit der Aufwendung für Sozialgelder sowie ALG-II belastet, ohne dass eine entsprechende Entlastung an anderer Stelle vollzogen wurde. Unter SPD-Regierung wurde zudem die Gewerbesteuer, die die Haupteinnahmequelle der Kommunen darstellt, von 45% auf 15% gesenkt.

Mit Schwarz-Geld kommt die nächste Belastungswelle auf die Kommunen zu: so plant die konservativ-liberale Bundesregierung die Streichung der Gewerbesteuer, die ausschließlich den Kommunen zugute kommt sowie die Erhebung von einer Mehrwertsteuer für kommunale Betriebe, die für Leistungen wie Abwasser- und Abfallbeseitigung zuständig sind. Diese mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ beschlossene Veränderung der Besteuerung werden alle über eine Erhöhung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen kommunaler Betriebe bezahlen müssen. Weiter hat die Niedersächsische Landesregierung Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs vorgenommen. Diese müssen rückgängig gemacht werden.

### **Neoliberaler Reflex: Ausgabenseite kürzen**

Viele Aufgaben der Kommune werden durch die Kommune direkt oder durch kommunale Betriebe durchgeführt. Sie sind das Rückgrad der kommunalen Daseinsvorsorge, denn sie übernehmen wichtige kommunale Aufgaben, die Privatbetriebe nicht übernehmen würden. Sie folgen oder sind gezwungen, dem neoliberalen Trend der Ausgabenkürzung zu folgen und kürzen Leistungen der für eine Kommune lebenswert und einzigartig machenden Daseinsvorsorge. Oder sie folgen dem anderen neoliberalen Konzept des „Privat geht vor Staat“ und verlieren durch (Teil-)Privatisierungen oder Veräußerungen so die demokratische Kontrolle über kommunalpolitisch wichtige Aufgaben. Die demokratische Grundlage wird den Kommunen entzogen, welches die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander laufen lässt, da die kommunalen Dienstleistungen von privaten Trägern nicht mehr kostendeckend sondern gewinnorientiert erbracht werden.

Beides geht auf die Substanz der Kommunen sowie auf die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Die Kommune kann nicht mehr gestalten und agieren, sondern kann nur noch auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

## **4.2 Gleichstellung**

Sozialismus bedeutet, dass alle Menschen gleich, frei und solidarisch miteinander leben und das auch unabhängig vom biologischen Geschlecht.

Obwohl Frauen formal die gleichen Rechte haben wie Männer, sind sie was die Umsetzung angeht noch immer nicht wirklich gleichgestellt. Dies zeigt, dass Gleichberechtigung an sich noch keine Gleichstellung bedeuten muss, solange patriarchale Strukturen bestehen bleiben.

In der gleichberechtigten Realität sieht es so aus, dass schon früh den Kindern Geschlechterstereotype beigebracht und für Natur gegeben erklärt werden. In den Medien wird diese konstruierte Realität wiedergespiegelt und auf diese Weise erhält sie dauerhaft ihre Legitimation. Daraus resultiert, dass Ungerechtigkeiten weiterhin hingenommen werden. Frau scheint erst durch die Ehe mit einem Mann zur Frau zu werden, andere Lebensrealitäten gelten demnach als widernatürlich.

Aus den Rollenklischees heraus werden zum Beispiel Frauengehälter noch immer als Zuverdienst für die Familie gesehen. Dies hat zur Folge, dass Frauen trotz besserer Schul- und Universitätsabschlüsse noch immer schlechtere Berufs- und Aufstiegschancen und im Durchschnitt um ein Viertel schlechtere Gehälter haben als Männer. Frauendominierte Berufe werden im Allgemeinen schlechter bezahlt als Berufe, die überwiegend von Männern ausgeübt werden. Die Aufgaben sind häufig gleichwertig, nur in Berufsbeschreibungen bestimmte Kriterien bewusst nicht genannt, um die Lohndiskriminierung zu rechtfertigen. Dazu kommt die Lohndiskriminierung, dessen Abschaffung bereits in den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung gefordert wurde, nämlich die ungleiche Bezahlung, obwohl genau dieselbe Tätigkeit ausgeübt wird. Deshalb fordern wir gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, sowie eine Überprüfung von Berufsbewertungskriterien.

In der Familie sind es meistens Frauen, die sich um Haushalt und pflegebedürftige Angehörige kümmern. Ihr Dasein als Hausfrau oder als Berufstätige mit einem Einkommen, das nicht zum Leben reicht, bindet sie umso stärker an einen Ehemann und bringt sie somit in Abhängigkeit. Frauen sind häufig Opfer häuslicher Gewalt und haben dazu auch unter sexuellen Übergriffen zu leiden. Bis 1997 war dies noch nicht einmal eine Straftat, wenn dies in der Ehe geschah.

Auch in der SPD - wohlgermerkt, der ersten Partei, die die Forderung nach einem Frauenwahlrecht in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen hatte – haben Frauen nicht die gleichen Chancen wie Männer. Besonders bei der Besetzung von (Spitzen-)Ämtern scheinen Frauen noch immer zweite Wahl zu sein. Heide Simonis, die erste Ministerpräsidentin in Deutschland hat es einmal folgendermaßen ausgedrückt: „Als Frau kann man in der Politik nur etwas werden, wenn Männer aus der Kurve fliegen. Man muss nur in der richtigen Kurve stehen.“ Hier hat die SPD noch großen Handlungsbedarf, denn obwohl wir uns nach dem Grundsatzprogramm auch dem Kampf für Gleichstellung verschrieben haben, auch hier haben Frauen häufig mit Sexismus zu kämpfen.

Wir weisen dennoch ausdrücklich darauf hin, dass Frauen in Führungspositionen oder eine Kanzlerin noch lange nicht bedeuten, dass Frauen in diesem Staat wirklich gleichgestellt sind. Denn wirkliche Gleichstellung können wir nur erreichen, wenn wir das Patriarchat zerschlagen haben. Oder wie es unserem Grundsatzprogramm steht: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

### **Noch immer sind Ausgleichsmaßnahmen notwendig: die Quote**

Uns ist durchaus bewusst, dass die Quotenregelungen, in der Gesellschaft vorherrschende Strukturen sowie Geschlechterstereotype nicht überwinden und den Kampf für Gleichstellung in der Gesellschaft nicht ersetzen kann. Die Aufklärung und Bildung schon im frühen Alter stellt unseren sozialistischen Anspruch dar.

Dennoch ist die Quote derzeit notwendig, um strukturelle Chancenungleichheiten auszugleichen, solange bis diese nicht mehr existieren. Bei jeder Wahl soll sie darauf aufmerksam machen, dass gesamtgesellschaftlich sowie auch speziell an der Parteiarbeit viel getan werden muss. Uns ist es wichtig, dass nicht sämtliche Entscheidungsgewalt auf ein Geschlecht übertragen wird, nur weil diesem im Allgemeinen eher die nötige Fähigkeit zugesprochen und meistens nicht einmal hinterfragt wird. Deshalb ist der Begriff „Quotenfrau“ an sich schon sexistisch.

Die Quote ist nach wie vor ein geeignetes Mittel, um wenigstens pro forma Frauen in die Ämtervergabe zu integrieren. Mehr ist ihr Kern jedoch, dass die Stimme der Frauen gehört wird. Frauen haben in unserer Gesellschaft andere Probleme als Männer. Auch wenn sie keine einheitliche Gruppe bilden, sind dennoch bestimmte Themen quer durch die Gruppe relevant. Wir fordern deshalb unsere Mutterpartei auf, dass sie sich auch bei der Listenaufstellung zur kommenden Kommunalwahl an das Reißverschlussverfahren hält.

Wir wollen, dass Jede und Jeder bei ihrer oder seiner Arbeit unterstützt wird und die Möglichkeiten erhält, sich weiterzuentwickeln. Dies schließt pauschale Urteile über die Arbeit Einzelner aus.

### **4.3 Bildung**

Wir wollen frei sein! - Bildung muss Menschen befähigen selbstbestimmte Individuen zu werden, die kritisch Dinge hinterfragen können, um sich eine eigene Meinung zu bilden.

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Bildung und brauchen deshalb gleiche Startchancen und Entwicklungsmöglichkeiten. Deutschland ist jedoch das OECD-Land, in dem Herkunft und Reichtum am meisten den Bildungsweg entscheiden. Durch das gegliederte Schulsystem wird dies von staatlicher Seite gefördert. Kinder mit reichen Eltern landen auf Gymnasien und Privatschulen, währenddessen Kinder mit erwerbslosen Eltern fast keine Chance haben, das Abitur zu erreichen oder gar zu studieren. Soziale Konservierung, wie man sie sonst nur aus Geschichtsbüchern über das Mittelalter kennt.

Das gilt es zu bekämpfen. Wir wollen eine freie Gesellschaft ohne Klassen. Für uns kann es deshalb nur eine Schule geben, auf die alle Kinder und Jugendliche gehen, unabhängig von Alter und Herkunft. Niemand darf zurückgelassen werden, wir müssen allen die Möglichkeit bieten, sich frei zu entfalten. Dabei spielt es eine große Rolle, dass man voneinander lernt und nicht gegeneinander. Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler aus der Schule kommen und wissen, wie man am besten die Ellenbogen einsetzt, um sich über andere zu erheben. Konkurrenz in der Schule fördert eine unsoziale Gesellschaft. Wir brauchen Tischgruppen, Teamarbeit und wir brauchen auch pädagogisches Personal, die genau so etwas fördern. Die Schule muss sich zu einem Lebensraum entwickeln, Kinder müssen sich auf Schule freuen und das nicht nur von der ersten bis zu vierten Klasse. Nur so können wir es schaffen, eine solidarische Gesellschaft zu erreichen, in der Leistung nicht das Maß aller Dinge ist und Schule keine Bandabfertigung von Arbeitskräften für die Wirtschaft.

Dagegen protestieren nun alle Betroffenen. Seit einigen Jahren rüsten sich Schülerinnen und Schüler, sowie Studierende für Bildungstreiks. Eine internationale Bewegung von allen Lernenden, die Hunderttausende auf die Straßen bringt, um auf die miserable Situation der Bildung aufmerksam zu machen. Leider belohnt die Politik dies bislang nur mit Ig-

noranz. Weiter so, weiter so... etwas anderes bekommen die Menschen nicht zu spüren. Auch die SPD ist nicht unschuldig, wenn es um schlechte Bildungspolitik geht. So haben SPD geführte Regierungen Studiengebühren eingeführt und nötige Bildungsreformen unterlassen. Es liegt an uns, mögliche Bildungsmisereen auf kommunaler Ebene zu verhindern und die Streiks und Proteste für bessere Bildung zu unterstützen!

## **5. Organisation**

Wir JungsozialistInnen sehen uns als kritischer Verband innerhalb der SPD, der auch eigene Ideen entwickelt und in die Partei einbringt. Wir vertreten die Ansprüche und Interessen der jungen Generation. In keiner anderen Gliederung der SPD in Braunschweig treffen sich so viele Menschen, um die Zukunft politisch aktiv zu gestalten. Wir wollen weiterhin Stellung zu zentralen Fragen unserer Zeit beziehen! Unsere Anträge sind das Ergebnis einer guten Gruppenarbeit. JedeR aktive JungsozialistIN soll weiterhin die Möglichkeit bekommen, sich an Diskussion zu beteiligen und an der Ergebnisfindung mitwirken zu können. Nur ein solches Diskussionsverhalten bringt fundierte Ergebnisse hervor und bindet alle aktiven mit ein.

Die inhaltliche Arbeit hat für den Vorstand der JungsozialistInnen weiterhin hohe Priorität. Damit diese weiterhin bestehen kann, gilt es weiterhin, die interne inhaltliche Weiterbildung sowie die methodische Schulung aller JungsozialistInnen weiter zu entwickeln. Diese Kompetenzen kommen allen aktiven JungsozialistInnen zu Gute. Auch sehen wir uns in der wichtigen Aufgabe, junge Menschen aufzubauen, damit sie in Zukunft in Ortsvereinen oder anderen Gremien der Partei Aufgaben übernehmen können.

Damit dieses Prinzip weiterhin gelingen kann, haben sich die Braunschweiger JungsozialistInnen ein organisatorischen Gerüst über die Jahre aufgebaut:

### **5.1 Die Juso-Arbeit in Braunschweig**

Im Folgenden wird die Arbeitsweise der JungsozialistInnen im UB Braunschweig dargestellt:

### **5.1.1 Zentrale Termin aller JungsozialistInnen: die Mittwochssitzung um 18:30 Uhr**

Die Juso-Sitzungen im Unterbezirk – also die Mittwochstermine – sind die zentralen Treffen aller Braunschweiger JungsozialistInnen. Hier diskutieren wir über aktuelle Themen und organisieren die Juso-Arbeit.

### **5.1.2 Arbeitskreise**

Damit die Arbeit im Juso-Unterbezirk Braunschweig mit Inhalten und Ideen gefüttert werden kann, wurden und können verschiedene Arbeitskreise gegründet werden. Diese sind haben sich zum inhaltlichen Rückgrat der Braunschweiger JungsozialistInnen entwickelt und sollen unbedingt fortgeführt werden!

Dennoch bedarf es einer Regelung für die Arbeit und die Arbeitsweise in den Arbeitskreisen. Deshalb wird im Folgenden die Zusammenarbeit zwischen den JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig und den untergegliederten Arbeitskreisen geregelt, aber auch die Aufgaben der Arbeitsgruppen festgelegt:

### **Richtlinien zur Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig und den untergliederten Arbeitskreisen:**

- JederR aktive Jungsozialist in Braunschweig hat Vorschlagsrecht zur Gründung eines Arbeitskreises. Der Juso-Unterbezirksvorstand richtet über einen Vorstandsbeschluss einen Arbeitskreis vorübergehend ein. Eine Mitgliederversammlung entscheidet endgültig über die Gründung eines Arbeitskreises.
- Vor der Gründung eines Arbeitskreises müssen dem Juso-Unterbezirksvorstand sowie allen Braunschweiger JungsozialistInnen folgende Punkte vorgelegt werden:
  - - Thema und Inhalt des Arbeitskreises
  - - Ziel der Arbeitskreises
  - - Themengebiete, die im Arbeitskreis behandelt werden sollen
- Jeder Arbeitskreis hat - oder benennt - ein verantwortliches Koordinationsteam (meistens zwei JungsozialistInnen). Dieses Koordinationsteam koordiniert die Arbeit in den Arbeitskreisen und lädt zu deren Treffen ein.
- Die Arbeit in den Arbeitskreisen ist eine Ergänzung - also eine freiwillige Nebentätigkeit - zur allgemeinen Juso-Arbeit mittwochs im Unterbezirk.
- Inhalte und Ergebnisse aus den Treffen, aber auch Vorhaben (Projekte o.ä.) der Arbeitsgruppen und -kreise, werden am nächst möglichen Juso-Treffen vorgestellt. Nur so kann eine transparente und erfolgreiche Arbeit im Unterbezirk entstehen.

- Die Arbeitskreise erarbeiten zu ihrem Themengebiet Thesen und Papiere als Diskussionsgrundlage. Als ExpertInnen tragen sie Ihre Ergebnisse den anderen Jusos an einem Mittwochstreffen vor. So haben Arbeitsgruppen und -kreise, wann immer sie wollen, die Möglichkeit, die inhaltliche Arbeit des Juso-Unterbezirks - in Absprache mit dem Juso-Unterbezirksvorstand - aktiv zu gestalten.
- Die Arbeitskreise arbeiten im Rahmen der Richtlinien des Leitfadens eigenständig und können auf die Hilfe des Unterbezirksvorstandes zurückgreifen.
- Die Arbeitskreise sind Untergliederungen des Juso-Unterbezirks. Es bedarf immer einer Absprache mit dem Unterbezirksvorstand, um die Arbeit im Unterbezirk zu koordinieren. Der Unterbezirksvorstand hat somit auch ein Weisungsrecht und kann davon jederzeit Gebrauch machen.
- Die Arbeitskreise haben kein Stimmrecht. Somit ist der Unterbezirksvorstand als übergeordnete Ebene der JungsozialistInnen vor Ort für sie der verantwortliche Ansprechpartner.
- Jeder Arbeitskreis entsendet einen Vertreter in den Juso-Unterbezirksvorstand. Der Vorstand muss darauf achten, dass durch diese Vertretungen die Quotierung im erweiterten Vorstand nicht ausgehebelt wird.

### **5.1.3 Kampagnen**

Neben den Arbeitskreisen kann der Juso-Unterbezirk Braunschweig auch Kampagnen gründen, um über einen festgelegten Zeitraum die Juso-Arbeit kurzfristig mit interessanten oder aktuellen Themen zu füttern. Für die Durchführung von Kampagnen ist der Unterbezirksvorstand zuständig. Er koordiniert den Ablauf und die Umsetzung der Kampagnen und lädt ReferentInnen aus den eigenen Reihen oder Externe ein. Auch hier bedarf es einer Regelung für die grundsätzliche Arbeit und die Arbeitsweise der Kampagnen:

#### **Richtlinien für Kampagnen:**

- JederR aktive Jungsozialist in Braunschweig hat Vorschlagsrecht zur Gründung einer Kampagne. Der Juso-Unterbezirksvorstand richtet über einen Vorstandsbeschluss einer Kampagne vorübergehend ein. Eine Mitgliederversammlung entscheidet endgültig über die Gründung einer Kampagne.
- Vor der Gründung einer Kampagne müssen dem Juso-Unterbezirksvorstand sowie allen Braunschweiger JungsozialistInnen folgende Punkte vorgelegt werden:
  - - Thema und Inhalt der Kampagne
  - - Ziel der Kampagne



- - Startpunkt und Ende der Kampagne
- - Themengebiete, die in der Kampagne behandelt werden sollen
- - Terminvorschläge für die Behandlung der Themengebiete
- In der Kampagne sollen Thesen und Papiere als Diskussionsgrundlage erarbeitet werden, die an einem Mittwochstreifen vorgetragen werden

## **Wahlkämpfe**

Eine besondere Art von Kampagnen sind die Wahlkämpfe. Wie bei jeder Kampagne, entscheiden sich die JungsozialistInnen im Unterbezirk auch bei zukünftigen Wahlkämpfen im Vorfeld, ob und in wie weit sie sich an Wahlkämpfen beteiligen.

Gibt es eine positive Entscheidung, einen Juso-Wahlkampf zu führen, so wird ein Juso-Wahlkampfteam gegründet, das den Wahlkampf im Juso-Unterbezirk Braunschweig vorbereitet, gestaltet und umsetzt.

Das Wahlkampfteam hat auch darauf zu achten, dass alle Gelegenheiten genutzt werden, für Juso-Ideen und für die Sozialdemokratischen Grundwerte bei Jugendlichen zu werben. Dabei muss darauf Wert gelegt werden, dass ein stark inhaltlich bezogener Wahlkampf vorbereitet wird. Die Unterstützung unserer KandidatInnen darf auch nicht fehlen.

**Ein Plakatierdienst kann in Zukunft nicht mehr angeboten werden.** Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, neben den Juso-Wahlkampf und dem Wahlkampf im eigenen Ortsverein, noch zusätzlich anderen Ortsvereinen beim Plakatieren zu helfen.

### **5.1.4 Projektarbeit**

Es ist grundsätzlich – mit Zustimmung des Juso-Unterbezirksvorstandes oder einer ordentlichen Mitgliederversammlung - möglich, eigene Projektgruppen zu gründen. Diese müssen in verantwortungsbewusster Eigenregie geführt werden und richten sich nach den Richtlinien der Kampagnen.

### **5.1.5 Der Rote Salon**

Die offene Diskussionsveranstaltung der Braunschweiger JungsozialistInnen „Der Rote Salon“ ist in den vergangenen knapp zehn Jahren zu einer festen Institution geworden. Die Behandlung aktueller politischer Themen durch kompetente ReferentInnen mit verschiedensten Hintergründen hat sowohl uns JungsozialistInnen als auch interessiertes Publikum aus Braunschweig und Umgebung gelockt. Die „Roten Salons“ müssen weiterhin so geplant werden, dass die JungsozialistInnen weiterhin auch die Diskussion zu aus-

gewählten Themen mit Nichtmitgliedern führen können, um so neue Erkenntnisse zu schließen. Der Juso-Unterbezirksvorstand möge weiterhin am Konzept dieser Veranstaltung festhalten und ihn regelmäßig fortführen.

### **5.1.6 Seminare, Kongresse und inhaltliche Schulung**

Um die Arbeit der JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig voranzutreiben, wird der Unterbezirksvorstand aufgefordert, Wochenendseminare zu aktuellen oder interessanten Themen zu organisieren. Es können entweder Vorträge von Experten sein oder es sind Seminare, bei denen in Gruppen Themen bearbeitet werden.

Als Ergänzung zu den Unterbezirkseminaren sollen weiterhin auch Juso- Bezirks-, Landes- und Bundesseminare wahrgenommen werden. Anmeldungen zu diesen Veranstaltungen laufen über den Juso-Unterbezirksvorstand. Hier ist es wichtig, dass so viele JungsozialistInnen wie möglich aus Braunschweig an Seminaren teilnehmen. Dies ist wichtig, um einerseits Ideen aus Braunschweig „nach oben“ zu tragen und vor allem auch wichtig, um Ideen „nach Braunschweig zu tragen. Dabei geht es vor allem um folgende Seminare:

- Seminare des Juso-Bezirks Braunschweig, wie das Juso-Basic-Seminar, das Organisationsseminar und die Frühlings-/Sommerschule
- Projektwochenenden des Juso-Landesverbandes mit den Schwerpunktthemen „Bildung“, „Internationales“ und „Arbeit und Wirtschaft“.
- Kongresse übergeordneter Juso-Ebenen

### **5.1.7 Protokolle**

In jüngster Vergangenheit wurden Protokolle nur noch sporadisch von einigen wenigen geschrieben. Daraus ergab sich eine Überlastung dieses Personenkreises, worauf Protokolle häufig nicht mehr geschrieben werden konnten. Um dem entgegenzuwirken und die gesamtgemeinschaftliche Solidarität mit allen Jusos im Unterbezirk Braunschweig zu gewährleisten, soll jedeR Juso einen Anteil an dieser Solidarität beitragen. Dies ist insbesondere denen gegenüber solidarisch, die während einer Mittwochssitzung nicht dabei sein konnten und wissen möchten, was in der Sitzung besprochen wurde.

Die Protokolle der Juso-Unterbezirkssitzungen sollen weiterhin von allen JungsozialistInnen in alphabetischer Reihenfolge verfasst werden. Sie müssen spätestens zur nächsten Sitzung abgetippt und über den Verteiler gesandt worden sein.

Das Presseteam – sobald es sich gegründet hat - ist von der Aufgabe befreit, Protokolle zu schreiben. Somit kann es sich allein auf die Pressearbeit konzentrieren.

### **5.1.8 Gemeinsame Jahresplanung**

Wie in den vergangenen zwei Jahren eingeführt, soll es zukünftig im November/Dezember eines jeden Jahres grundsätzlich eine basisdemokratische Jahresplanung für das darauf folgende Kalenderjahr geben.

## **5.2 Bündelung der Arbeit**

Um unsere Interessen in der Partei besser zu bündeln und Mehrfachdiskussionen zu inhaltlichen Themen zu vermeiden, streben wir seit längerem gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Gruppen der Partei an – sei es auf Juso- oder auf SPD-Ebene.

Auch die inhaltliche Kompetenzen müssen wir besser bündeln. So müssen wir JungsozialistInnen in Braunschweig uns die Frage stellen, welche Themen von den JungsozialistInnen vor Ort besser behandelt werden können und welche nicht. Wichtige Themen, die auf Grund von Mangel an Experten vor Ort nicht angeboten werden können, müssen „importiert“ werden.

### **5.2.1 Intern**

Die Zusammenarbeit mit dem AK Migrationspolitik und der AG 60 plus funktioniert hervorragend. Die konstruktive Zusammenarbeit mit der AG60+ und dem AK Migration soll intensiv weiter fortgeführt und verbessert werden.

Mit der AfA und mit der AsF wollen wir die Zusammenarbeit intensivieren. Dies kann nur gelingen, wenn beide Seiten dazu bereit sind. Zudem soll überprüft werden, ob mit dem AG Bildung, der AsF - AG Sozialdemokratischer Frauen und der AfA - AG für Arbeitnehmerfragen in der SPD eine engere Zusammenarbeit bei bestimmten Themen möglich ist. Auch eine engere Anbindung zu den SPD-Ortsvereinen und dem SPD-Unterbezirk ist anzustreben. In Wahlkämpfen klappt die Zusammenarbeit mit dem UB-Büro und mit den Kandidaten sehr gut. Vereinzelt klappt auch die Zusammenarbeit mit Ortsvereinen.

### **5.2.2 Extern**

Auch der Kontakt zu anderen Organisationen wie Amnesty International, Mondo, Friedensbündnis, Attac, StadtschülerInnenrat und Gewerkschaftsjugend und vielen weiteren soll aufgenommen werden, damit wir als JungsozialistInnen und SPD wieder Fuß in allen gesellschaftlichen Gruppen fassen.

### **5.2.3 Jede(r) einzelne**

Natürlich ist auch jedeR Genossin/Genosse und jedeR JungsozialistIN daran interessiert, bei Vereinen, in der Schule, bei der Ausbildung oder im Studium, die Sozialdemokratische Idee in der Gesellschaft zu verankern. Auch müssen wir Impulse aus der Gesellschaft aufnehmen und in die Partei und zu den JungsozialistInnen hineinbringen.

## **5.3 Mitgliederwerbung**

Wir JungsozialistInnen sind immer mit vielen Ständen und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit vertreten, sei es in Wahlkämpfen oder anderswo. Vor allem im persönlichen Kontakt mit den Menschen können wir am besten unsere Ideen weitergeben und neue Mitstreiter finden und Mitglieder werben. Nur wenn wir viele Mitstreiter finden, können wir unsere Ziele verwirklichen.

### **5.3.1 Motivation**

Die Zahl der aktiven JungsozialistInnen konnte in den letzten Jahren stabilisiert und besonders in den letzten sechs Monaten noch gesteigert werden. Bis zu dreißig JungsozialistInnen und Interessierte kommen Mittwochs zu unseren Sitzungen um zu planen und inhaltlich intensiv zu diskutieren. Dennoch ist es oftmals schwierig, genug Aktive für die durchgehende und verlässliche personelle Besetzung von Ständen und bei Aktionstagen zu finden. Es ist das Ziel des Juso-Unterbezirk Braunschweig, sich untereinander stärker für Stände und Aktionen zu motivieren und somit eine höhere Mobilisierung zu erreichen. Nur so können wir große Aktionen wie das Fußballturnier, einen Stand beim Sommerloch-Festival und vor allem unseren Stand auf dem Magnifest in die Praxis umsetzen.

### **5.3.2 Orga-Team**

Eine erfolgreiche Aktion / ein erfolgreicher Info-Stand kann nur gelingen, wenn es eine gute Organisation im Vorfeld gibt. In den letzten Jahren blieb die Organisationsaufgabe bei zwei Leuten hängen. Somit waren viele JungsozialistInnen, wenn der Tag x kam, nicht in die Umsetzung der Aktion eingebunden. Als Grundlage dienen die jährlichen Organisationsseminare.

Ein Organisations-Team soll weitergeführt werden, um die anstehenden Aktionen vorzubereiten. Auch kann das Organisations-Team neue Ideen für Aktionen entwi-

ckeln. Diese müssen – wegen der Finanzierung – mit dem Vorstand abgesprochen werden.

Folgende Aktionen sollen durchgeführt werden:

### **Juso-Sommerprogramm**

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sollen die JungsozialistInnen im Stadtbild zu finden sein. Aus diesem Grund wird der Juso-Unterbezirksvorstand zusammen mit dem Orga-Team aufgefordert, Aktionstage zu gestalten. Hierzu sollen „traditionelle“ Juso-Aktivitäten fortgeführt und gegebenenfalls neue entwickelt werden.

Zu den „traditionellen“ Aktionen gehören:

- die „24-Stunden-Aktion“ mit einem Schwerpunktthema
- das Fußballturnier
- das Sommerlochfestival
- der Stand auf dem Magnifest
- Kneipentouren

### **Weitere Aktionen**

Im den Zusammenhalt der Juso-Gruppe zu fördern und zu stärken, sollen auch in diesem Jahr wieder interne Spaß-Aktionen stattfinden sowie an Kundgebungen, Demonstrationen und sonstigen öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen teilzunehmen:

- 1.-Mai-Demo
- Aktionstage gegen Atomenergie
- Bildungstreiks
- eintägige Juso-Fahrten sollen angeboten werden.
- Gesellige Zusammenkünfte soll es auch wieder geben, wie z.B. der Eurovision-Song-Contest oder ein Videoabend.
- Auch Wochenendbildungsfahrten soll es geben
- Zu prüfen ist, ob es - wie zwischen 2003 und 2006 - wieder eine Zeltfahrt geben kann. Der Zeitraum ist so zu wählen, dass möglichst viele JungsozialistInnen in Braunschweig die Möglichkeit haben, teilzunehmen.

### **5.3.3 Öffentlichkeitsarbeit**

Substanzielle interne Arbeit allein ist nicht ausreichend. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die jungen Leute außerhalb der SPD die Arbeit des Juso-Unterbezirks auch tatsächlich wahrnehmen. Die persönliche Kontaktaufnahme und das

persönliche Gespräch sind dabei von sehr hohem Wert. Darüber hinaus müssen wir verstärkt versuchen, Menschen über die zur Verfügung stehenden Medien zu erreichen. Die Anstrengungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollen deshalb im nächsten Jahr intensiviert werden. Die im vorletzten Jahr eingeführte Idee eines Newsletters soll weitergeführt werden. Er hat sich als ein sinnvolles Instrument zur Weitergabe von Informationen –und Stellungnahmen an die Bürger erwiesen. Die Inhalte dieser Newsletter sollen in den Arbeitskreisen oder vom Unterbezirksvorstand bestimmt und erarbeitet werden. Dem Unterbezirksvorstand werden Texte vor Veröffentlichung zur Freigabe vorgelegt.

### **FAUST-Redaktion / FAUST-Team**

Eine wichtige Säule der Mitgliederwerbung ist unsere Öffentlichkeitsarbeit. So hat sich unsere Juso-Zeitung **FAUST** seit über fünf Jahren bei Schülern etabliert. Viele Jugendliche können wir für unsere Themen interessieren. Leider ist die Nachfrage nach neuen Ausgaben größer, als wir sie decken können. Zusätzlich soll die Juso-Zeitung „Faust“ weiterentwickelt werden. Dabei ist es das Ziel, mindestens zwei bis drei Ausgaben pro Jahr zu erstellen und vor allem vor Schulen zu verteilen. Weiterhin sollen Artikel für die SPD-Unterbezirks-Zeitung „Volksfreund“ verfassen werden.

### **Presse-Team**

In den letzten Jahren haben die Braunschweiger Zeitungen und Zeitschriften zu wenig über die Arbeit der JungsozialistInnen berichtet. Möglichst alle Aktionen der JungsozialistInnen sollen künftig durch eigene Pressemitteilungen und Fotos dokumentiert werden. Diese werden den Braunschweiger Printmedien (Braunschweiger Zeitung, Neue Braunschweiger, Subway, Dacapo) zugeleitet. Ebenfalls sollen inhaltliche Positionen der Jusos verschriftlicht und in Form von Pressemitteilungen an die Braunschweiger Zeitungen und Zeitschriften versandt werden.

Für die Organisation der Pressearbeit ist ein Presse-Team zuständig. Pressemitteilungen sind mit dem Unterbezirksvorstand abzustimmen. Weiter werden die Vertreter der Braunschweiger Presse regelmäßig zu Veranstaltungen und Pressegesprächen eingeladen. Ebenfalls soll erreicht werden, dass der Radiosender „Okerwelle“ über die Arbeit des Juso-Unterbezirks berichtet.

## **Homepage-Team**

Unsere Homepage ist rund erneuert und wird häufig genutzt. Sie ist ein wichtiges Aushängeschild der Braunschweiger JungsozialistInnen. In Zukunft wird es weiterhin wichtig sein, dass sie ständig aktuell ist und eindrucksvolles Bild der täglichen Juso-Arbeit gibt. Deshalb muss das Homepage-Team - mit einem Verantwortlichen-Team - weitergeführt werden. Dieses Team wird damit beauftragt, die Juso-UB-Homepage immer aktualisiert zu halten – sei es Termine, Nachrichten oder sonstige Meldungen. Das Team wird auch damit betraut, die Homepage – in Rücksprache mit dem Vorstand – die Internetseite weiterzuentwickeln.

## **6. KONKRET: Wie setzen wir das alles um?**

Die Juso-Treffen im Unterbezirk – also die Mittwochstermine – sind die zentralen Treffen aller Braunschweiger JungsozialistInnen. Hier diskutieren wir über aktuelle Themen und organisieren die Juso-Arbeit. Um die inhaltliche Arbeit im Juso-Unterbezirk Braunschweig zu stärken, wurden verschiedene Arbeitskreise und Kampagnen gegründet.

Vorweg eine *Anmerkung*: Die Arbeit in den Arbeitskreisen Internationales und Juso-Frauenengruppe wird mit Beschluss dieses Leitfadens eingestellt. Auf Grund von Doppelungen auf Unterbezirks- und Bezirksebene wird eine Mitarbeit in den entsprechenden Projekten auch Bezirksebene angestrebt.

## **AK Mitgliederwerbung- und bindung**

Der Arbeitskreis Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung ist eine Untergliederung der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig. Ziele des Arbeitskreises sind:

### ***Mitgliederwerbung***

- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, den Stellenwert und den Bekanntheitsgrad der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig in der Öffentlichkeit zu erhöhen
- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die Inhalte und Themen der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig in der Öffentlichkeit zu verankern

- Empfehlungen zur Verbesserung der aktuellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Homepage, Faust, Pressemitteilungen, Aktionen und Postkarten) zu geben
- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig zu finden

### **Mitgliederbindung**

- Empfehlungen und Verbesserungen zu geben, die das Mitmachen und sich Einbringen bei den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig noch weiter erleichtern
- Neue Wege und Möglichkeiten zu finden, die Juso-Arbeit noch interessanter zu gestalten
- Neue Formen und Wege zu finden, alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig in Diskussionsprozesse sowie in die tägliche Juso-Arbeit zu beteiligen
- Darauf zu achten, dass weiterhin die Juso-Welt (Sitzungen, Aktionen, Seminare, Arbeitskreistreffen, ...) ein Ort des Mitmachens bleiben
- Eine Satzung für den Juso-Unterbezirk Braunschweig zu gestalten, in dem grundlegende organisatorische Regelungen auf Sitzungen, und Mitgliederversammlungen festgelegt werden, die für alle Jusos gelten

Alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Unterbezirk Braunschweig sind eingeladen, in diesem Arbeitskreis mitzuwirken.

### **AK Kommunalpolitik**

Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, also die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Entscheidungen für die eigene Stadt zu treffen heißt, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten.

Als politischer Richtungsverband möchten wir den AK Kommunalpolitik weiterführen. Dabei geht es darum, dass wir Jusos wieder ein kommunal- und regionalpolitisches Profil entwickeln. Wir wollen uns mit den alltäglichen Herausforderungen vor Ort auseinandersetzen und die Kommunalpolitik nicht gänzlich den Älteren in unserer Partei überlassen. Es geht in diesem Arbeitskreis um die Diskussionen lokaler Probleme und Erörterung von Entwicklungspotentialen. Hierzu gehört auch, Zukunftsvisionen für unsere Stadt und Region zu entwickeln. Wir wollen die Beteili-



gungsmöglichkeiten - die Partizipation - junger Menschen vor Ort anregen und stärken.

Im Vorfeld der Kommunalwahl wollen wir uns Konkret mit dem Thema öffentliche Daseinsvorsorge beschäftigen – in Kooperation mit dem Juso- Bezirk Braunschweig. Das Thema hat für uns zentrale Bedeutung, um ein sozialdemokratisches Gegenmodell zum Neoliberalismus zu entwickeln. Zu Beginn soll sich mit der gegenwärtigen Situation der öffentlichen Hand auseinander gesetzt werden. Dabei wollen wir uns mit der Situation der Kommunen auseinandersetzen und fragen, welche Güter und Dienstleistungen sie zur Verfügung stellen sollen und welche Bedeutung diese für das alltägliche Leben der Menschen haben. Daran schließt sich die Frage, welche Aufgaben ein Staat hat. In einer Veranstaltung wollen wir uns mit den Aufgaben eines Staates und seiner Handlungsfähigkeit auseinandersetzen und Argumente, die gegen öffentliche organisierte und demokratisch legitimierte Daseinsvorsorge genannt werden, entkräften.

## **AK Umwelt, Energie und Mobilität**

Umweltpolitik ist ein zentrales Politikfeld für unsere Zukunft. Deshalb werden wir im Unterbezirk den Arbeitskreis „Umwelt und Energie und Mobilität“ weiterführen. Unser Ziel als JungsozialistInnen ist es, dafür zu sorgen, dass Projekte gestartet werden, die die Energieproduktivität und Energieeffizienz Jahr für Jahr steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter erhöhen. In Zeiten steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zu der Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie.

Nachdem wir uns bereits mit den Themen Atomenergie und der Endlagerproblematik, erneuerbaren Energien und einer Mobilitätswende auseinandergesetzt haben, wodurch der Umweltantrag entstanden ist, wird der Arbeitskreis sich im nächsten Jahr das Thema Wasser vertiefen. Wasser ist elementar zum überleben, es dient sowohl als Nahrungsmittel, als auch für den landwirtschaftlichen Anbau. Wasser ist Lebensraum, nicht zuletzt die Ölpest in den USA zeigt, welche Auswirkungen die Verschmutzung haben kann. Wasser ist zudem Transportweg und kann sowohl zur Energiegewinnung als auch zur Energiespeicherung genutzt werden. Wasser ist lebenswichtig, doch nicht überall auf der Welt gleichermaßen zugänglich. Während in dem einen Land nicht genügend Trinkwasser vorhanden ist, gebraucht es das zur Körperhygiene und die Toilettenspülung.

Weitere Themen werden sein: Emmissionshandel. Des Weiteren werden wir uns in den SPD-AK Klimaschutz und Energie sowie dem Projekt Umwelt auf Bezirksebene einbringen.

## **Arbeitskreis Kampf gegen Rechts**

Der Kampf gegen Faschismus, Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung ist eine immerwährende Aufgabe und darf deshalb niemals nachlassen. Wir Jusos verpflichten uns dazu, diesen Kampf zu führen und weiterzuentwickeln. Deshalb hat sich dieser Arbeitskreis gegründet.

Wir wollen die Jusos in Braunschweig für den Kampf vorbereiten, indem wir Veranstaltungen zu diesem Thema planen und durchführen, denn nur, wenn wir wissen mit wem oder was wir es zu tun haben, können wir auch etwas dagegen tun.

Außerdem ist es Aufgabe des Arbeitskreises die Jusos in Braunschweig über die aktuelle Lage zur Bekämpfung von Faschismus zu berichten und über geplante Aktionen zu informieren.

Wir wollen uns mit den Jusos im Unterbezirk Braunschweig eine Meinung bilden, wie mit dem Thema NPD-Verbot umgehen wollen. Wir wollen die Jusos theoretisch schulen, sodass wir Aktionen gegen Rechts starten können. Wir wollen zu Bündnispartnern im Kampf gegen Rechts kontakt aufbauen und diesen pflegen, nur mit einer breiten Front kann man Erfolg haben. Wir werden gemeinsam mit den Jusos und Bündnispartnern Aktionen gegen Nazis planen und durchführen. Wir werden Materialien verbreiten, die die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam machen und sie für die Arbeit gegen Rechts motivieren. Zudem bieten wir Materialien, die für den alltäglichen „Kampf auf der Straße“ dienen an.

## **Arbeitskreis Juso-SchülerInnen-Gruppe**

Wir sind das Sprachrohr für SchülerInnenthemen bei den Jusos, wir erarbeiten Forderungen und tragen sie in die Jusos, so dass das Leben für SchülerInnen erleichtert wird. Es ist unsere Überzeugung, dass es nur eine Schule für alle Menschen geben kann, damit alle die gleichen Chancen haben. Wir fordern kostenfreie Bildung und Demokratie, auch in den Schulen.

Unsere Stadt ist dabei, die Schulträgerschaft zu privatisieren. Wir wollen im kommenden Jahr die Schul- und Jugendpolitik der Stadt Braunschweig kritisch beleuchten und Verbesserungsvorschläge machen.

Im nächsten Jahr sind Kommunalwahlen in Niedersachsen, die SPD in Braunschweig muss auch klare Akzente in der Bildungspolitik setzen. Mit 16 Jahren hat man das Kommunalwahlrecht, somit haben fast alle Schülerinnen und Schüler von der 10. Bis zur 13. Klasse eine Stimme. Wir müssen der SPD klar machen, dass sie die Probleme und Belange junger Menschen ernst nehmen muss, sonst erleben wir das gleiche, wie bei der Bundestagswahl, wo die SPD kaum von jungen Menschen gewählt wurde.

Wir wollen mit unserer Arbeit das Lernklima in Braunschweig nachhaltig verbessern, vom Schulweg bis zu Diskobesuchen am Wochenende. Wir laden alle dazu ein, mit uns zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln!

## **Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“**

Die Kampagne "Gute Arbeit und Ausbildung" soll auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. In der Vergangenheit wurden bereits folgende Themen behandelt in die Öffentlichkeit getragen:

- Definition vom Juso-Selbstverständnis zur "Guten Arbeit und Ausbildung"
- Forderung eines nationalen Mindestlohns
- Ausbau von Ausbildungsplätzen über die Ausbildungsplatzumlage
- Verbesserung der innerbetrieblichen Arbeitsbedingungen für Auszubildende und PraktikantInnen
- Eindämmung bzw. Verbot von Leiharbeit in den Betrieben
- Ausbau von betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmungsrechten
- Solidarisierung zu dem internationalen Projekt FairTrade

In Zukunft sollen weitere Themen diskutiert werden, wie sich die zum Teil prekäre Situation von ArbeitnehmerInnen verbessert werden kann. Thematisiert werden soll auf Mittwochsitzungen in der Zukunft unter anderem:

- Gleichstellung in den Betrieben
- Europäischer Mindestlohn unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten
- Neue Konzepte für eine berufliche Ausbildung

Darüber hinaus können auch weitere neue Themen sowie die bereits diskutierten Themen neu aufgegriffen werden, damit einerseits neue Jusos in unser Selbstverständnis von "Guter Arbeit und Ausbildung" nachvollziehen können und andererseits, um Korrekturen bei

Beschlüssen aufgrund neuer Erkenntnisse und Entwicklungen am Arbeitsmarkt einfließen zu lassen.

## **Kampagne Kommunalwahl 2011**

Die Kampagne Kommunalwahl 2011 wird noch in diesem Jahr ins Leben gerufen. Ziel der Kampagne wird es sein, jungsozialistische Forderungen in das Kommunalwahlprogramm der SPD Braunschweig zu bringen, welches im Frühjahr des kommenden Jahres verabschiedet wird. Hierzu soll es neben einer Kampagnen-Auftaktveranstaltung, bei dem erfahrene und junge MandatsträgerInnen in der Kommunalpolitik über ihre Arbeit in den Parlamenten und ihren Zuständigkeiten berichten sollen, weitere Diskussionsveranstaltungen und Aktionen zur Kommunalwahl geben.

Hierbei soll deutlich herausgestellt werden, dass die Jusos keine **Jubelperser-Wahlkampftruppe**<sup>1</sup> ist, die lediglich zur richtigen Zeit Schilder der Mutterpartei hochhalten kann, sondern der inhaltliche Motor der SPD ist. Insbesondere sollen den Wünschen der Juso-SchülerInnengruppe zum Thema "Lernumfeld in Braunschweig" entsprochen werden.

Darüber hinaus werden weitere Themen behandelt, welche vor allem junge Menschen bewegen. So wird unter anderem auch thematisiert werden, was die kommunalen Körperschaften dazu beitragen können, um die soziale Spaltung vor Ort zu bekämpfen.

Ebenso wird ein kritischer und konstruktiver Dialog mit den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Rat der Stadt Braunschweig gesucht.

---

<sup>1</sup> **Jubelperser** - Wir weisen darauf hin, dass der Begriff „Jubelperser“ bewusst nicht geändert wurde, da 1967 der damalige Schah von Persien ausschließlich durch Männer als Jubel- und Prügeltruppe in Berlin unterstützt wurde.